Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland

Bilanz und Ausblick

Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge e.V.

Dr. Cornelia Schu | 29. Januar 2015 | Berlin

Eine Initiative von:
Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland

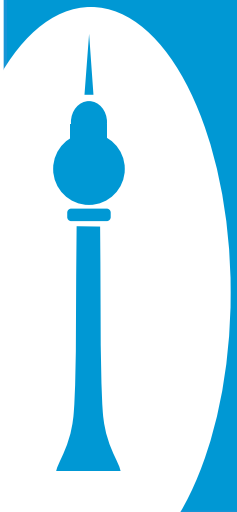
Agenda

1. **Über den Sachverständigenrat (SVR)**
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. Aktuelle Zuwanderungstrends
4. Integrationspolitik

Der Sachverständigenrat (gegr. 2008) betreibt wissenschaftliche Politikberatung auf Basis eigener Forschung.

STIFTUNGEN

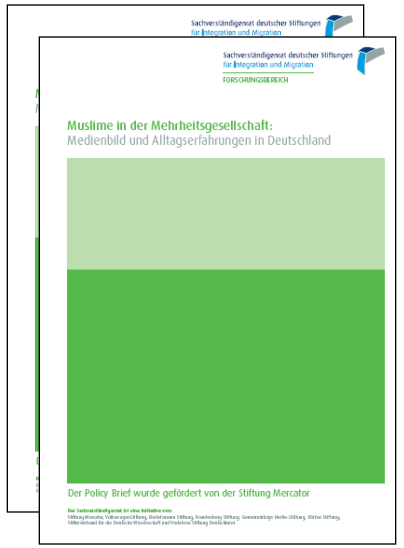
- aus der **Zivilgesellschaft** heraus gegründet
- rein **wissenschaftlich**, politisch unabhängig
- 9 Professoren aus **unterschiedlichen Disziplinen** und Forschungsbereichen
- **eigenständiger Forschungsbereich** für anwendungsorientierte Projekte



Geschäftsstelle im Herzen Berlins

Organisation von Konferenzen

aktive Öffentlichkeitsarbeit

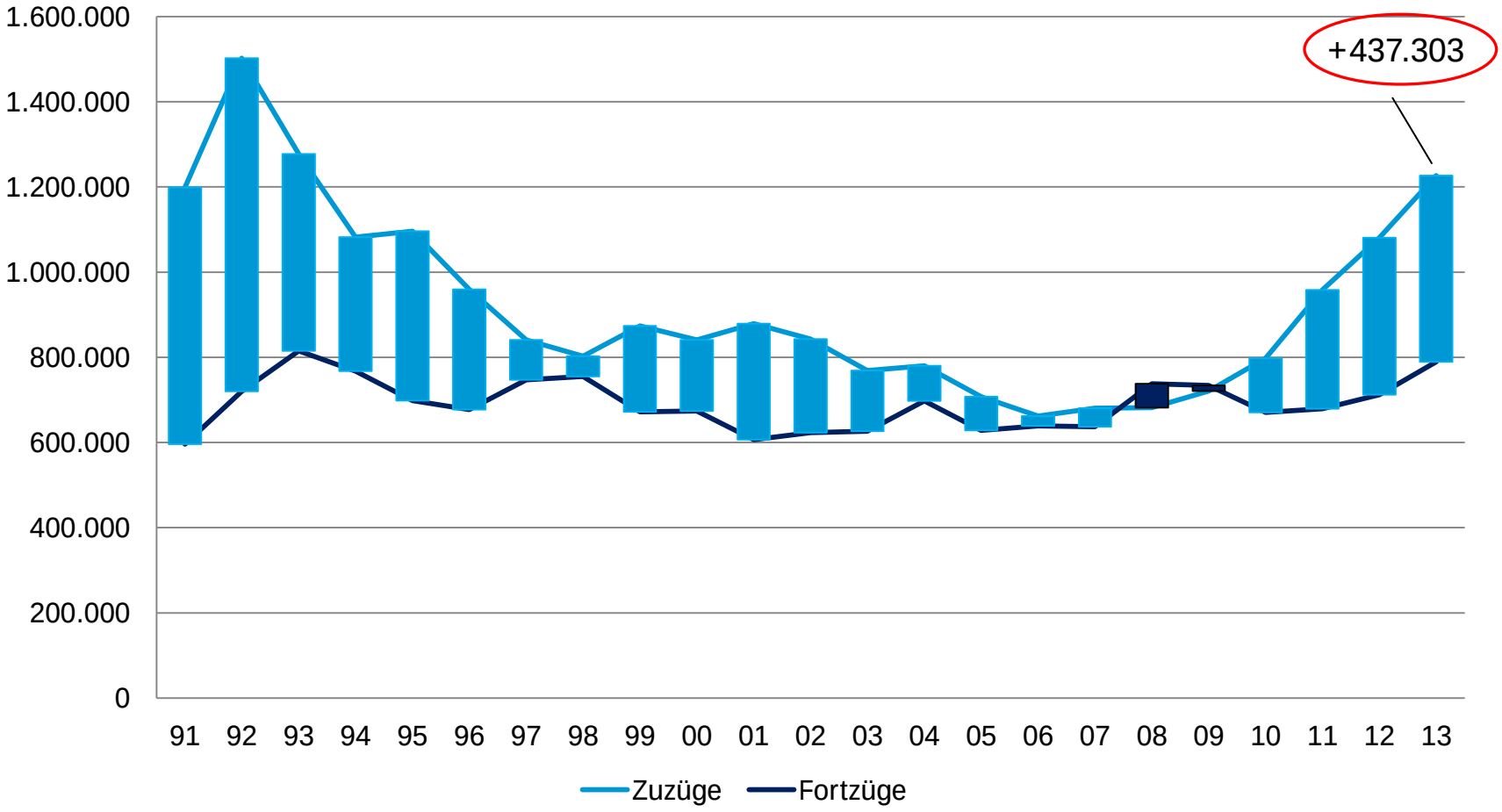


Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. **Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da**
3. Aktuelle Zuwanderungstrends
4. Integrationspolitik

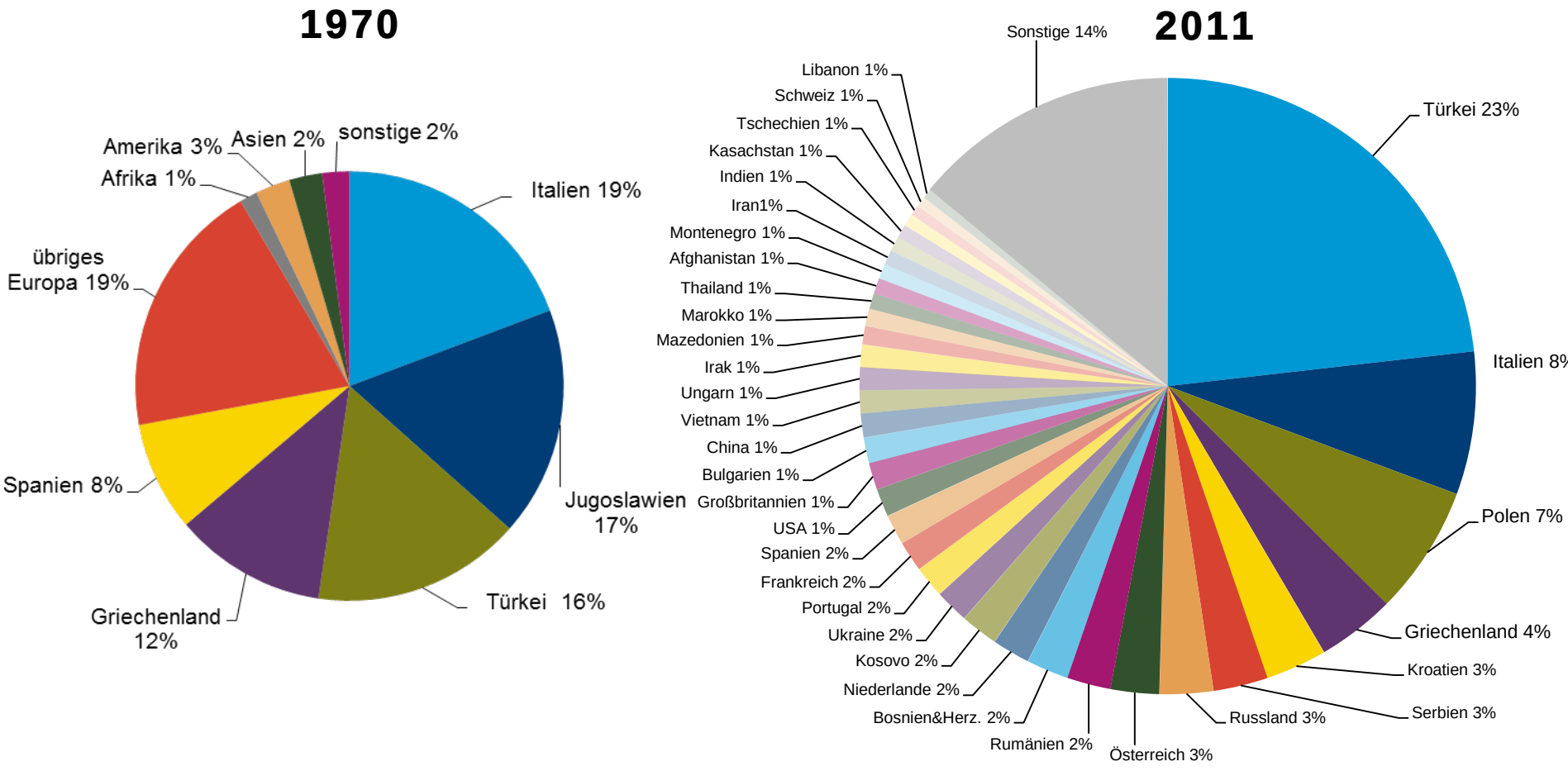
Deutschland ist (wieder) ein Einwanderungsland.

Zu- und Fortzüge (gesamt) mit Wanderungssalden, 1991-2013



Quelle: BMI/BAMF; Statistisches Bundesamt

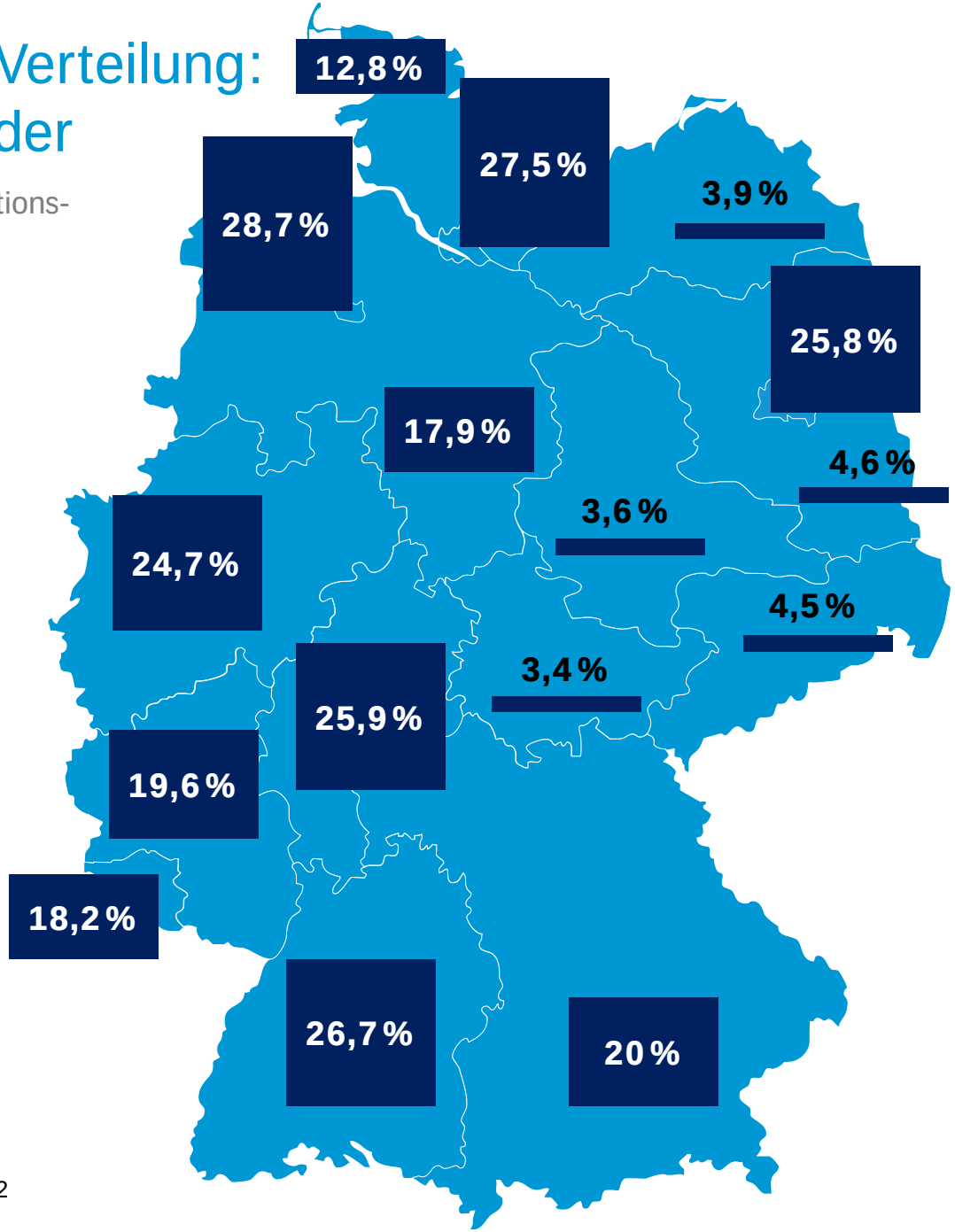
Die Bevölkerung wird immer vielfältiger; große Herkunfts-gruppen nehmen ab, Minigruppen dagegen zu.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2004, Ausländerzentralregister

Regionale Verteilung: Bundesländer

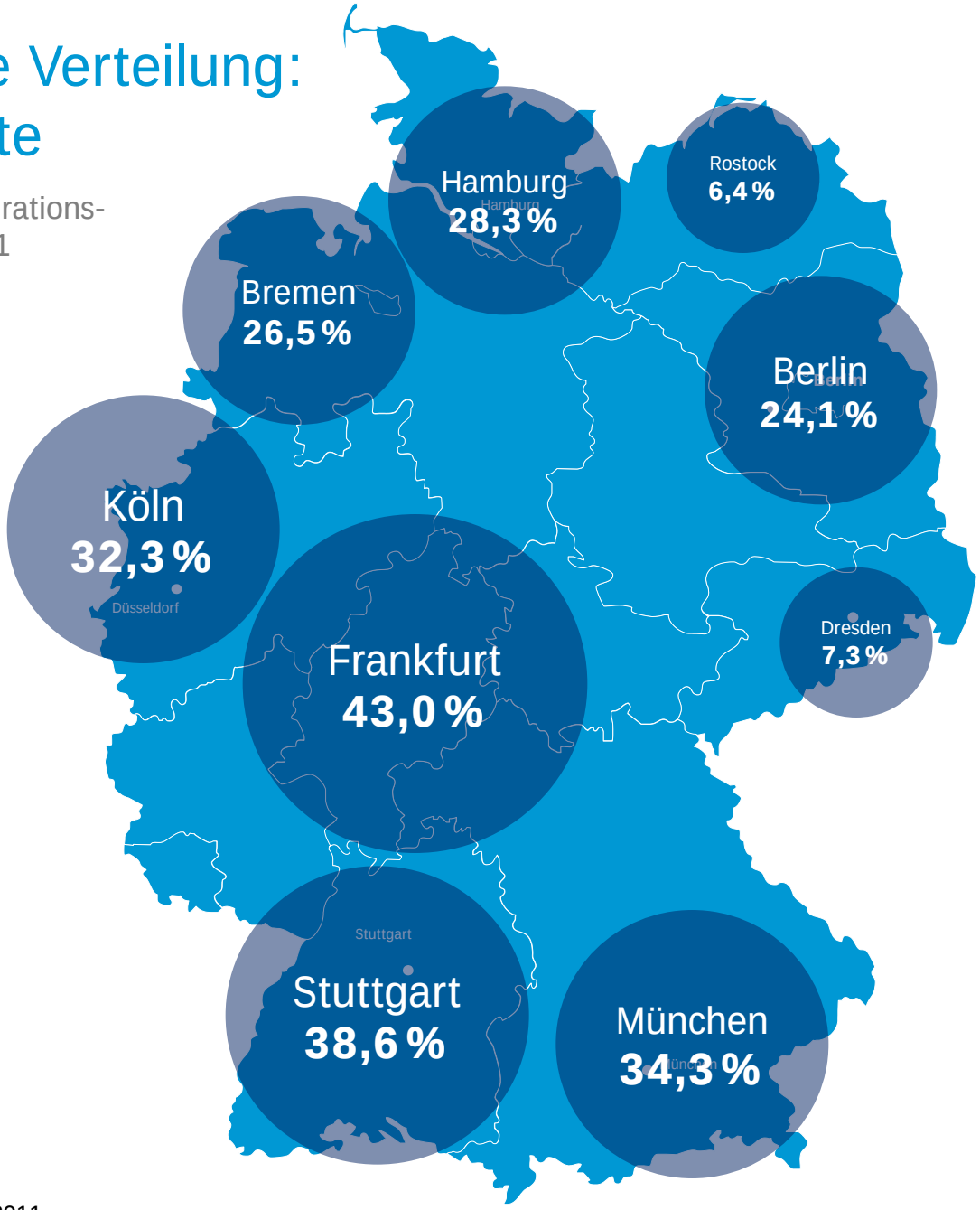
Personen mit Migrations-hintergrund, 2011



Source: Mikrozensus 2012

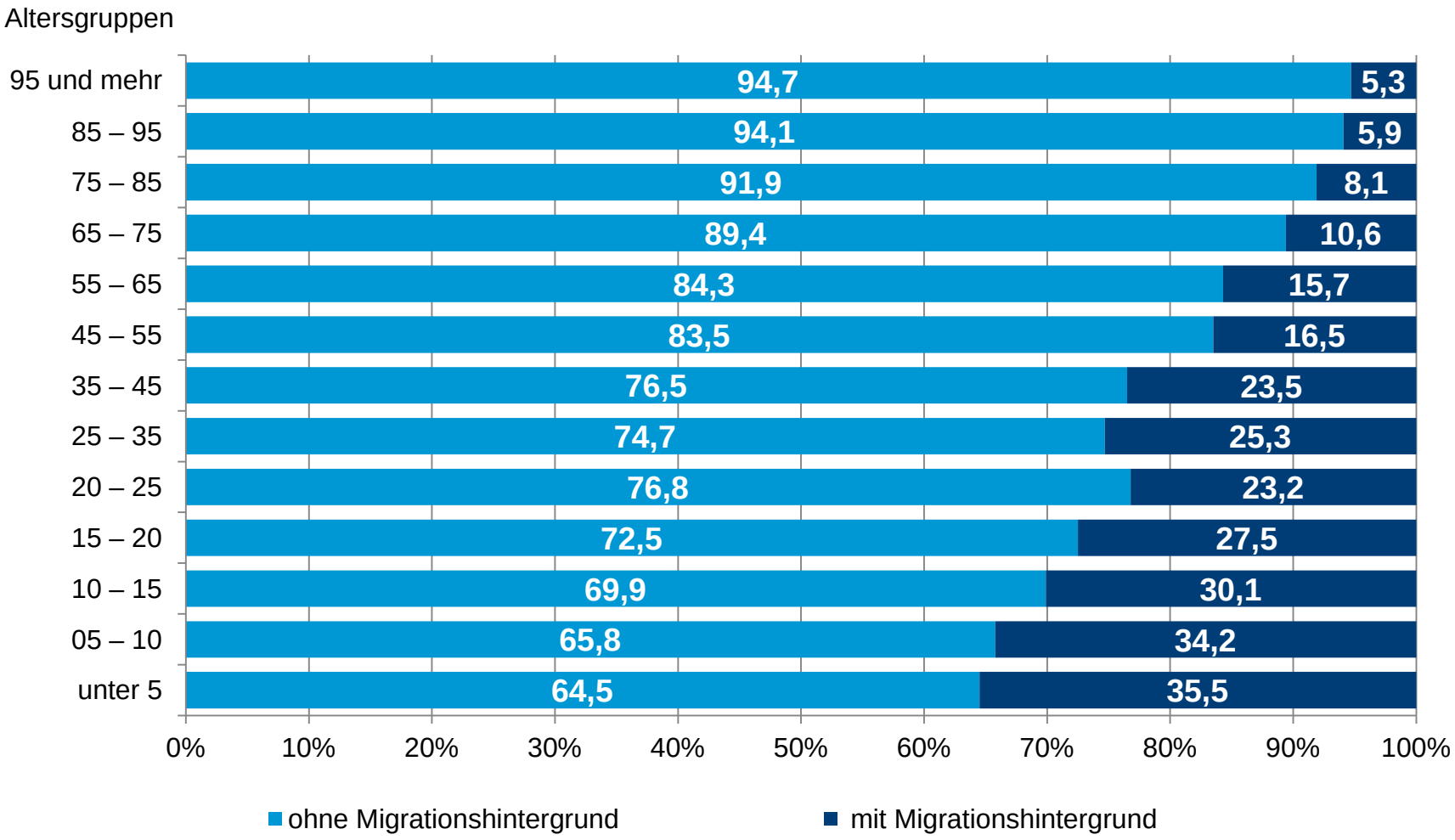
Regionale Verteilung: Großstädte

Personen mit Migrations-hintergrund, 2011



Quelle: Zensusdaten 2011

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nimmt zu; bei den Kinder sind es bereits mehr als ein Drittel.



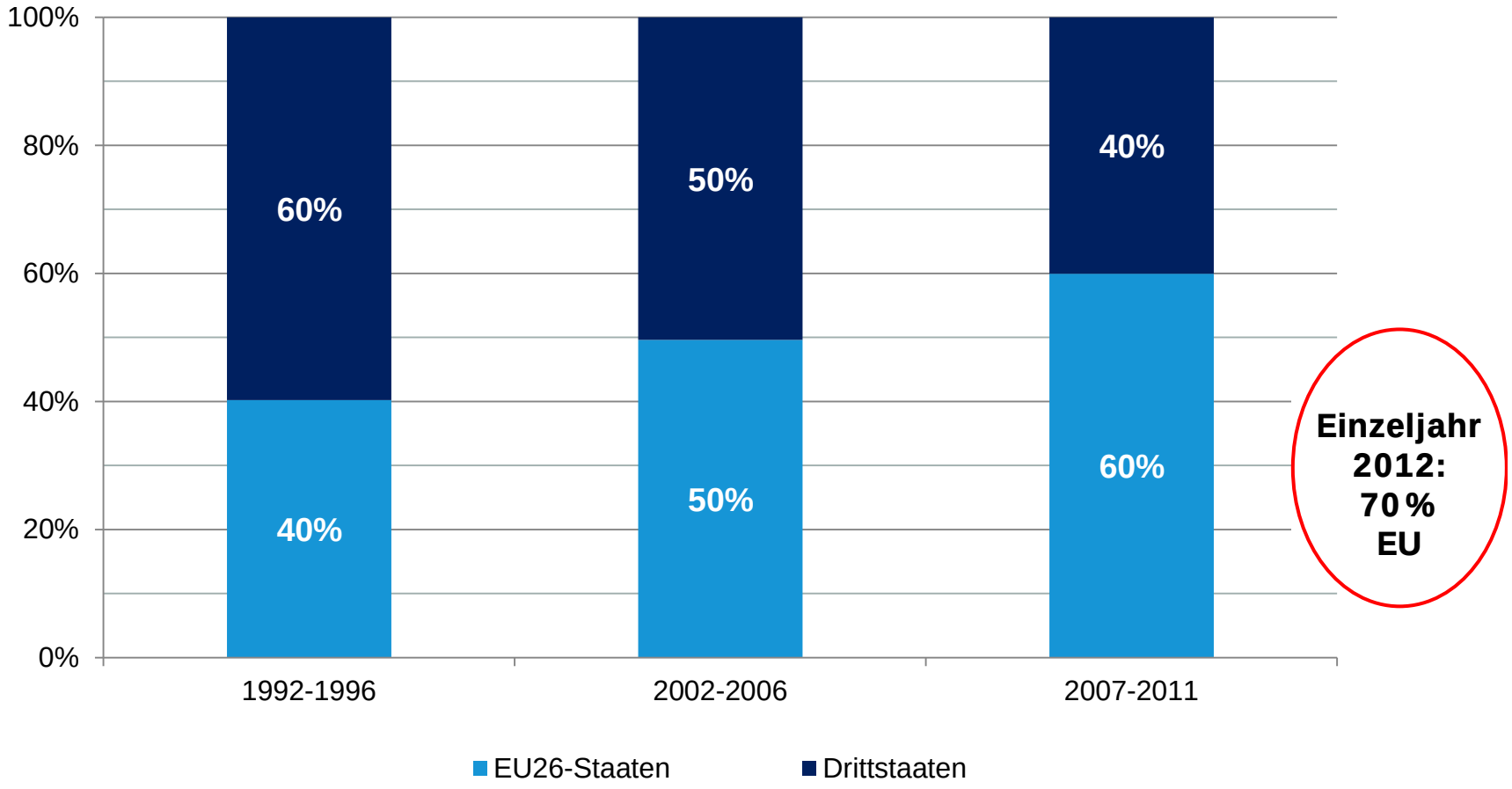
Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 1 Reihe 2.2

Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. **Aktuelle Zuwanderungstrends:**
   - **a) Struktur der Zuwanderung**
   - b) Fokus EU-2 Zuwanderung
   - c) Fokus humanitäre Zuwanderung
4. Integrationspolitik

Gesamtzuwanderung: Anteil der Unionsbürger wächst

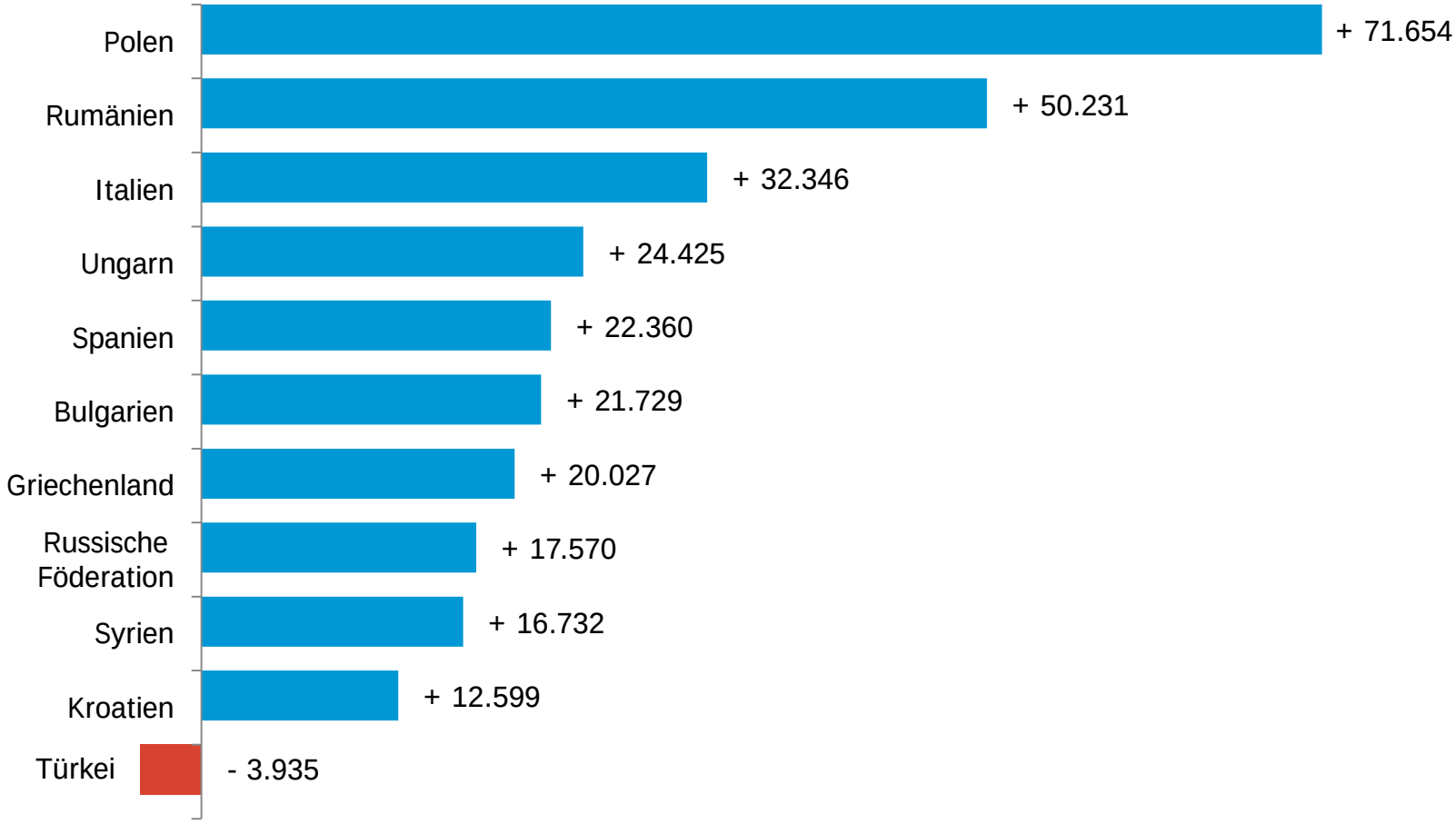
Durchschnittliche jährliche Zuzüge nach Deutschland nach Staatsangehörigkeitsgruppen 1992-2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

Unter den TOP 10 Herkunftsländern 2013 waren 8 EU-Staaten; bei der Türkei gibt es mehr Fortzüge.

Wanderungssaldo nach Herkunftsländern, TOP 10 + Türkei, 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsergebnisse 2013 (vorläufig)

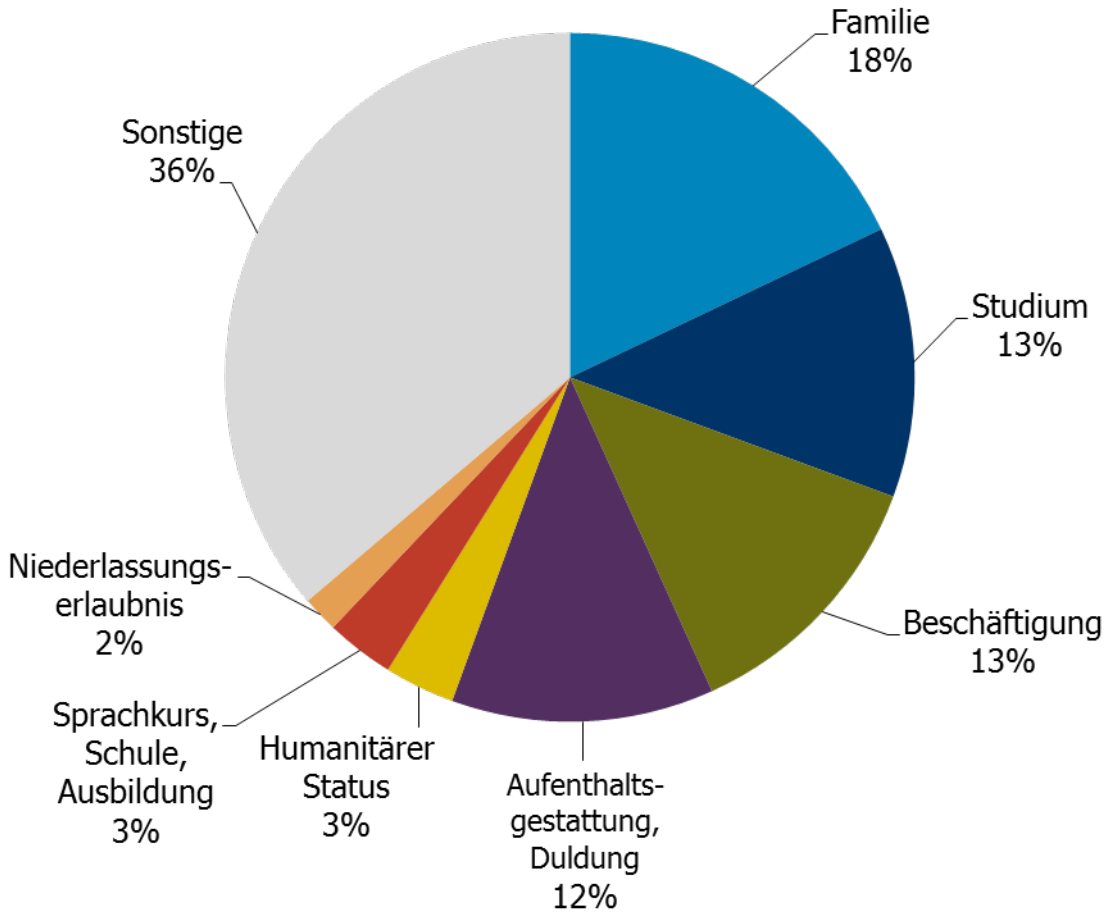
Für Arbeitnehmer aus EU-Staaten herrscht Freizügigkeit; für Drittstaatler sind die Regelungen liberaler geworden.

volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU

zunächst restriktiv (Anwerbestopp 1973), daher fehlende Netzwerke in die Herkunftsstaaten der hochqualifizierten Zuwanderer von morgen; später liberaler (ab 2000)

Bei den Aufenthaltszwecken von Neuzuwanderern aus Drittstaaten dominieren 4 Kanäle.

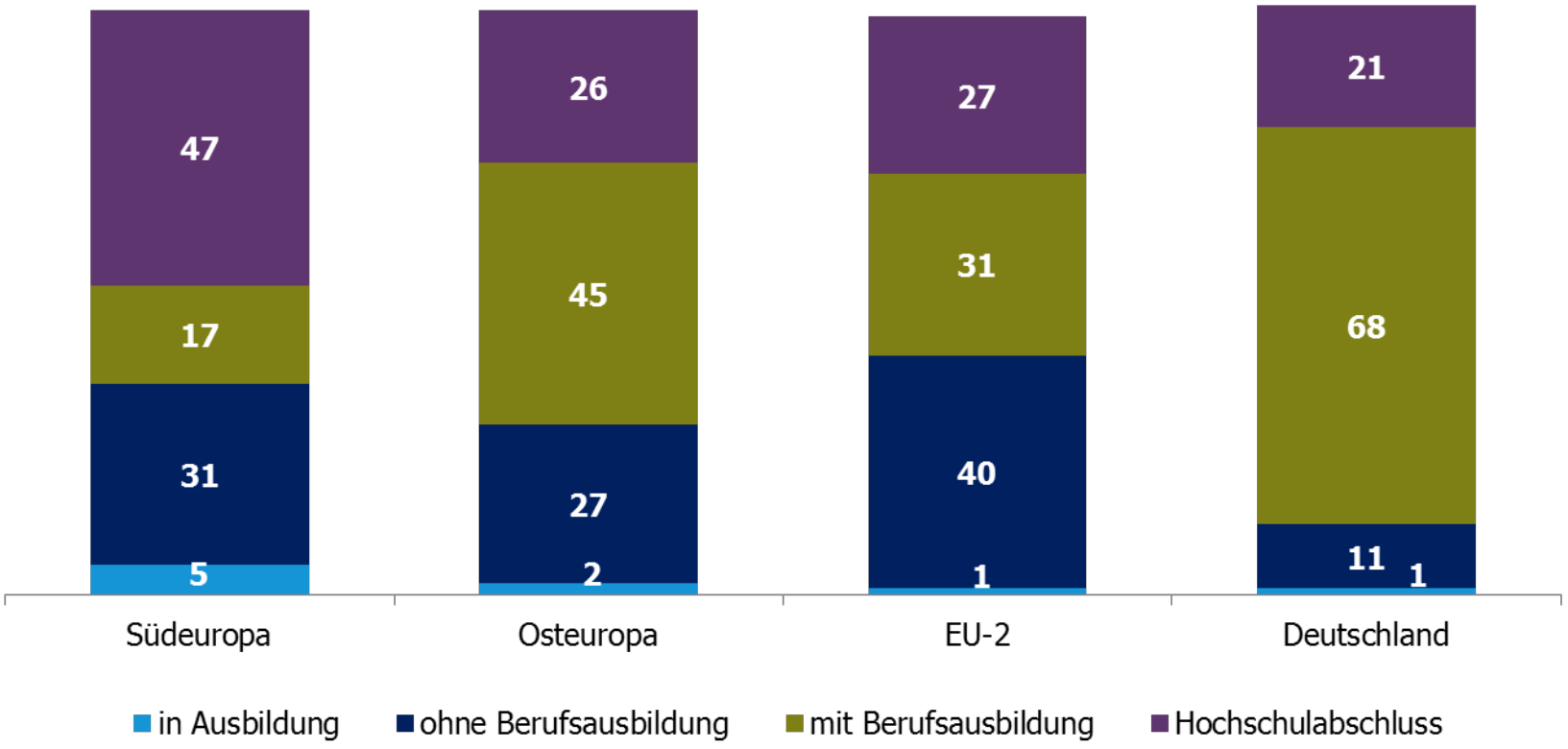
Aufenthaltszwecke von Neuzuwanderern aus Drittstaaten, anteilig, 2012



Quelle: BAMF 2013e; eigene Darstellung

Viele Neuzuwanderer sind qualifiziert oder sogar hochqualifiziert.

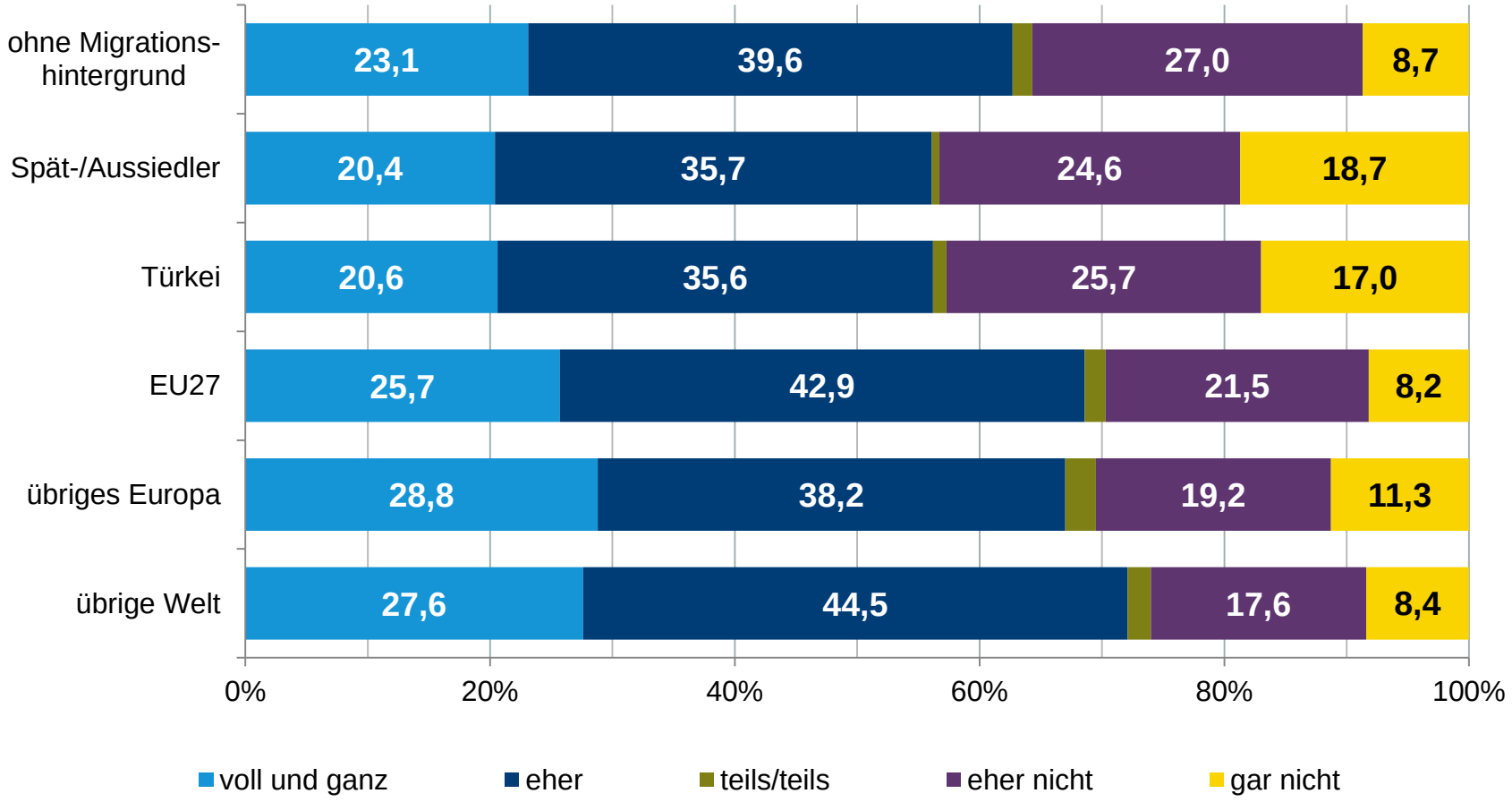
Bildungsabschlüsse im Durchschnitt 2008-2013, Anteile in % der Neuzuwanderer im Alter von 25-64 Jahre



Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB; F.A.S. vom 11. Januar 2015

Subjektive Einschätzung zu Migrationspolitik: Wunsch nach mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten.

Zustimmung, dass mehr Hochqualifizierte aus Drittstaaten zuwandern sollten



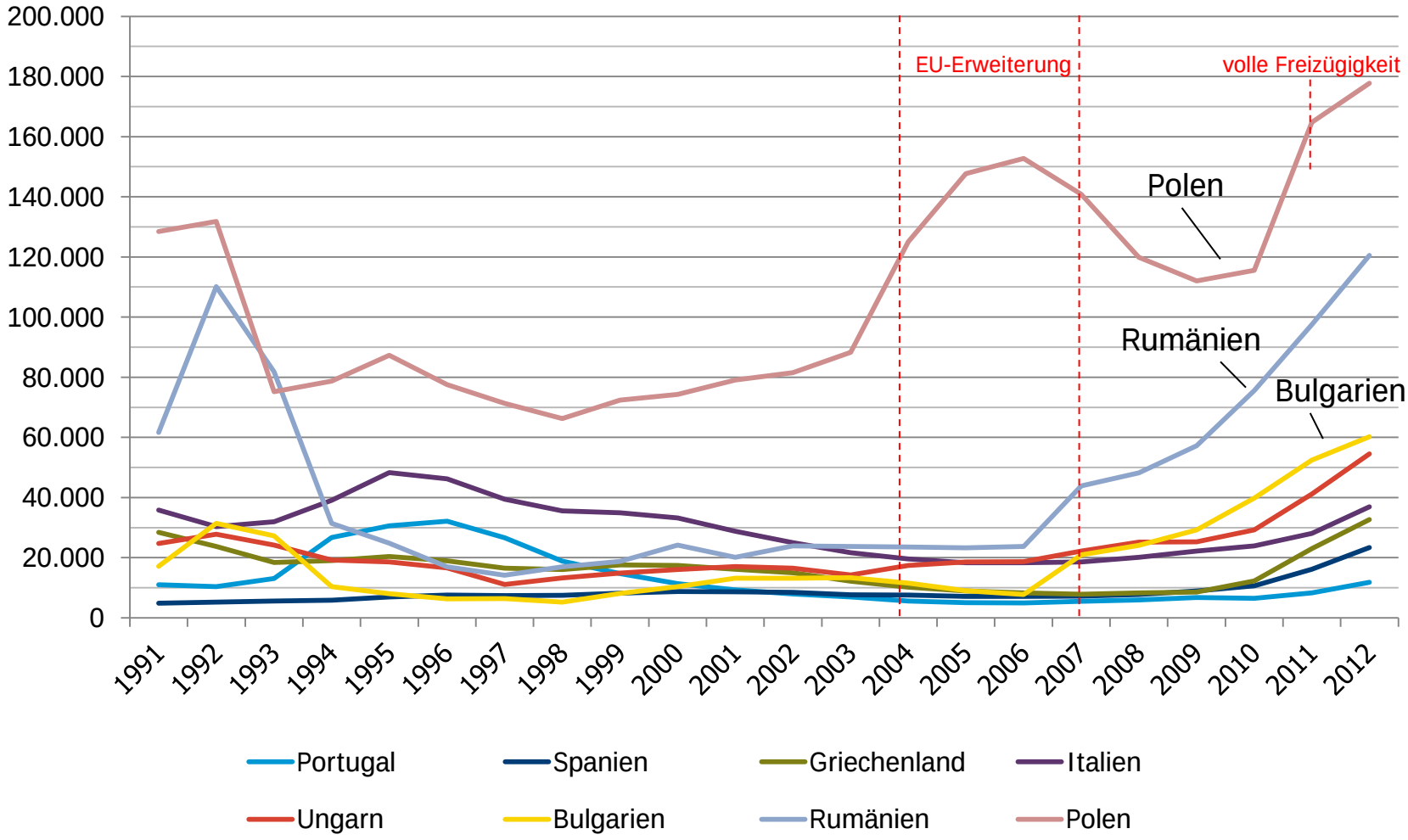
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. **Aktuelle Zuwanderungstrends:**
   a) Struktur der Zuwanderung
   b) Fokus EU-2 Zuwanderung
   c) Fokus humanitäre Zuwanderung
4. Integrationspolitik

EU-Zuwanderer: Signifikanter Anstieg für Rumänien und Bulgarien bereits vor voller Freizügigkeit

Zuzüge von Staatsangehörigen ausgewählter EU-Staaten nach Deutschland 1991-2012



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Zuwanderung aus EU-2-Staaten konzentriert sich auf einige Städte.

Nettozuwanderer (Saldo) pro 1.000 Einwohner, 2013

1.	Offenbach	19,9
2.	Duisburg	11,4
3.	Frankfurt am Main	6,3
4.	Mannheim	5,9
5.	München	3,9
6.	Hannover	2,5
7.	Hamburg	1,3
8.	Dortmund	0,9

Quelle: Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses

Arbeitslosenquote, SGB-II-Leistungsbezug und ‚Aufstocker' im Vergleich mit anderen Gruppen.

	Arbeitslosenquote (Oktober 2014)	**SGB-II-Bezug** (September 2014)	**‚Aufstocker'** (August 2014)
EU-2	**9,2 %**	**14,1 %**	**6,8 %**
Rumänien	6,6%	9,5%	4,0%
Bulgarien	16,0%	22,9%	14,1%
Ausländer	**14,6 %**	**16,0 %**	**9,2 %**
Bevölkerung	**7,3 %**	**7,4 %**	**3,3 %**

Quelle: IAB Zuwanderungsmonitor Rumänien und Bulgarien Dezember 2014

Der Anteil an Kindergeldbezugsberechtigten ist bei EU-2 Bürgern geringer als in Gesamtbevölkerung.

Kindergeldbezugsberechtigte (November 2014):

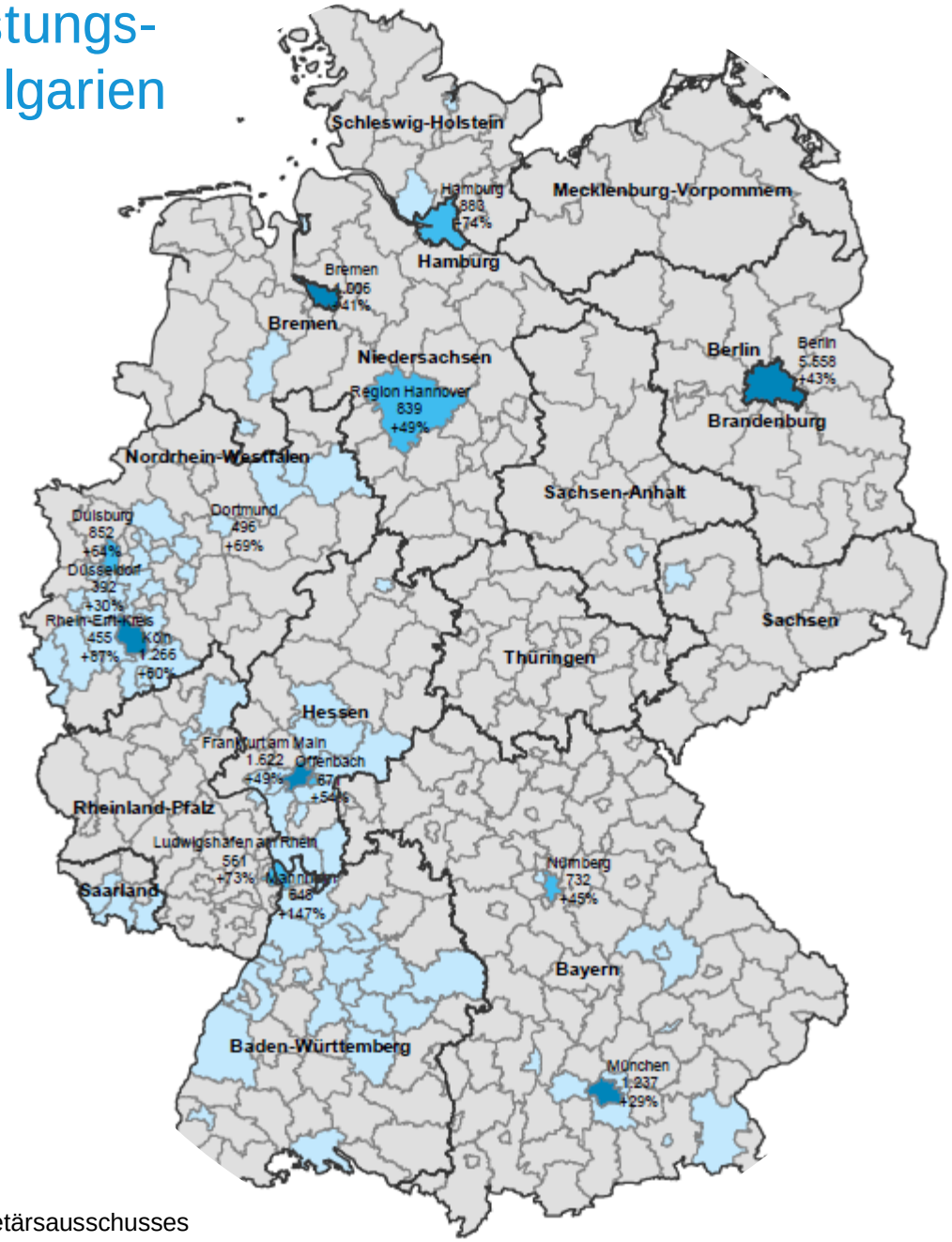
EU-2	**10,3 %**
Ausländer	14,6 %
Bevölkerung gesamt	10,8 %

Quelle: IAB Zuwanderungsmonitor Rumänien und Bulgarien Dezember 2014

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte aus Bulgarien und Rumänien

März 2014

- unter 100 (317)
- 100 – 500 (73)
- 500 – 1000 (7)
- über 1000 (5)



Quelle: Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses

Gesetz (2014) gegen Sozialmissbrauch enthält Maßnahmen zur Hilfe für die betroffenen Kommunen.

- EU-Freizügigkeit bleibt an Erwerbstätigkeit (bzw. eigene Bestreitung des Lebensunterhalts) gekoppelt.
- Befristung des Aufenthaltsrechts zur Arbeitssuche
- Befristete Wiedereinreiseverbote (bei nachgewiesenem Betrug)
- 200 Mio. Euro für Kommunen in den nächsten Jahren
- Zusätzliche Entlastung der Kommunen um 25 Mio. Euro im Jahr 2014 durch Übernahme von SGB-II-Leistungen (Unterkunft, Heizung)
- Kindergeldbezug wird an Vorlage der Steuer-Identifikationsnummer gekoppelt
- Verstärkte Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit
- Anpassung der Integrationskurse an niedrigschwellige Sprachbedarfe in Duisburg, Dortmund, München, Berlin

Quelle: Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses

Fazit: EU-2 Zuwanderung muss differenzierter betrachtet werden.

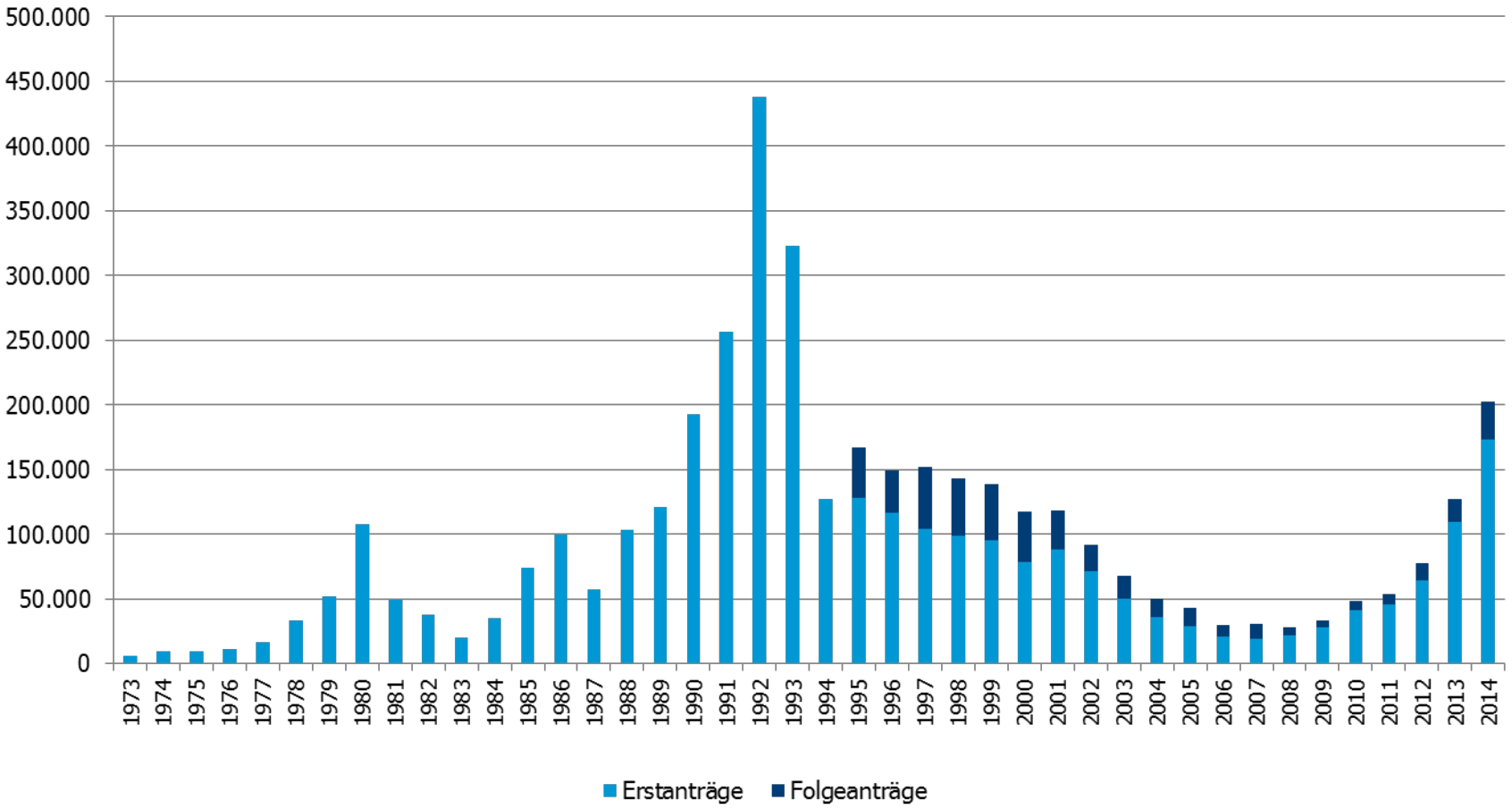
- Massenzuwanderung in die Sozialsysteme kann empirisch nicht bestätigt werden ebenso wenig wie Missbrauch von Kindergeldbezug.
- Allerdings steigt der Anteil schwer integrierbarer und auf Sozialtransfers angewiesener Personen. Dies belastet einige Kommunen sehr stark.
- Zwischen den Herkunftsländern Rumänien und Bulgarien gibt es große Unterschiede.
- Beschäftigung konzentriert sich auf den Niedriglohnsektor; allerdings sind auch viele Hochqualifizierte unter den Zuwanderern.
- Verbesserung der Verhältnisse in den Herkunftsländern muss langfristiges Ziel sein.

Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. **Aktuelle Zuwanderungstrends:**
   a) Struktur der Zuwanderung
   b) Fokus EU-2 Zuwanderung
   c) Fokus humanitäre Zuwanderung
4. Integrationspolitik

Die Zahl der Asylanträge steigt kontinuierlich seit 2009; 2014 ist die Anzahl sehr stark gewachsen.

Asylanträge in Deutschland, 1973-2014



Quelle: BAMF Asylstatistik Dezember 2014

Die 10 wichtigsten Herkunftsländer von Asylbewerbern in Deutschland 2014 (Erst- und Folgeanträge).

Quelle: BAMF Asylstatistik Dezember 2014

Die EU-Staaten sind sehr unterschiedlich an der Bearbeitung von Asylanträgen beteiligt (Jan-Nov 2014).

	Asylanträge	pro 1.000 Einwohner
Belgien	20.645	1,86
Bulgarien*	6.775	0,92
Dänemark**	12.793	2,23
Deutschland	173.340	2,15
Estland*	105	0,08
Finnland**	2.900	0,53
Frankreich	54.561	0,83
Griechenland	7.812	0,72
Irland	1.125	0,25
Italien*	43.130	0,71
Kroatien	405	0,09
Lettland*	295	0,15
Litauen**	285	0,10
Luxemburg	1.052	1,94
Malta*	1.015	2,40
Niederlande	24.784	1,47
Österreich**	19.320	2,25
Polen	7.380	0,19
Portugal*	300	0,03
Rumänien*	1.170	0,06
Schweden	74.375	7,71
Slowakei	250	0,05
Slowenien	350	0,17
Spanien	5.000	0,11
Tschechische Republik*	810	0,08
Ungarn**	25.000	2,52
Vereinigtes Königreich**	26.830	0,42
Zypern*	1.250	1,12

* Daten Jan-Sep 2014
** Daten Jan-Okt 2014

Quelle: BAMF Asylstatistik Dezember 2014

Herausforderungen für die EU: Gleichbehandlung, gemeinsame Länderliste, faire Teilung der Verantwortung.

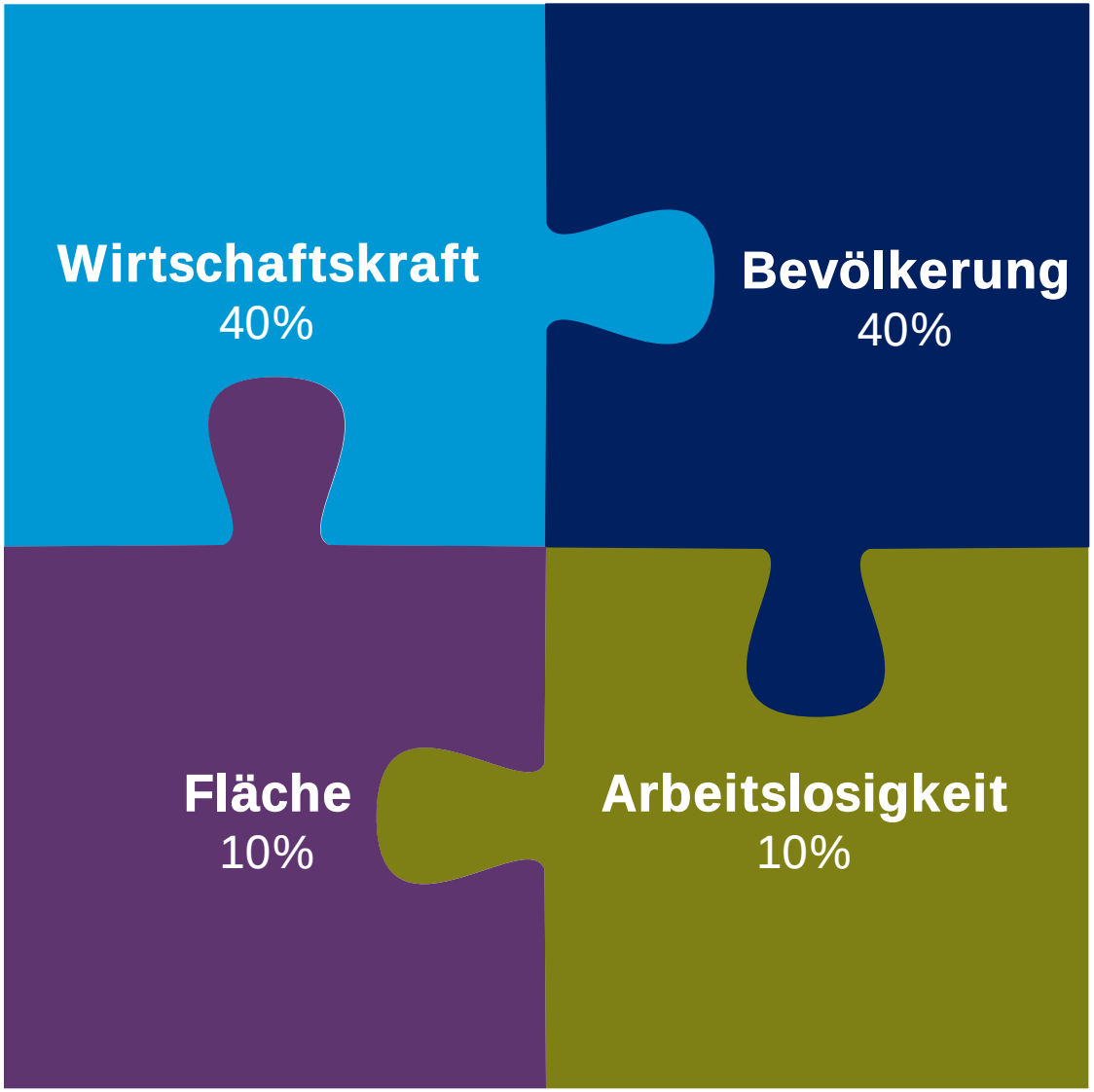
- Gleichbehandlung nach Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie
- Aufnahme-, Unterbringungs- und Versorgungsbedingungen
- keine gemeinsame Länderliste über sichere Dritt- und Herkunftsstaaten

- ungleiche Teilung der Verantwortung und Überlastung einzelner Mitgliedstaaten
- Umsetzung des Grundsatzes der Solidarität

Lösungsansatz:

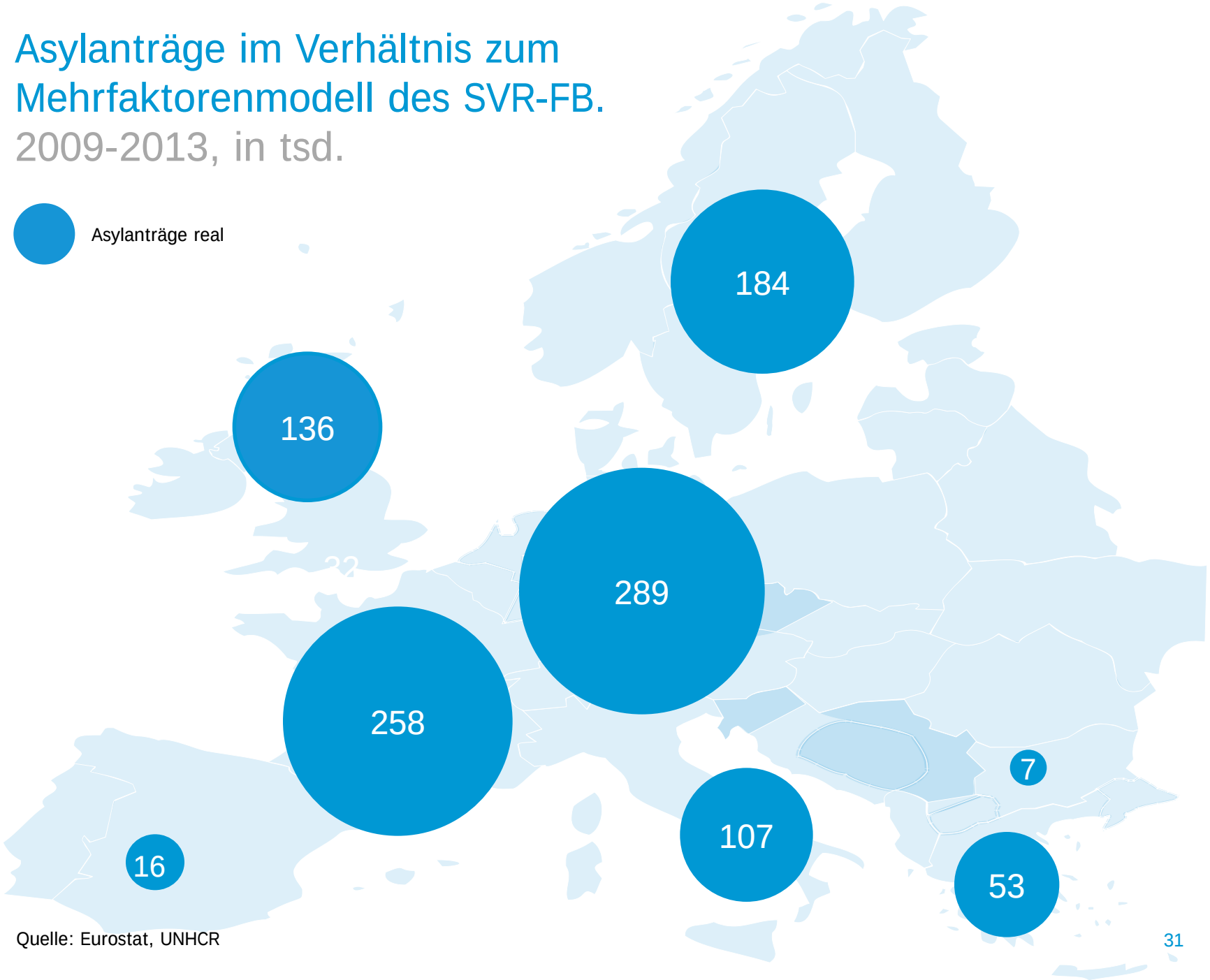
faire Aufnahmequote

Der SVR-Forschungsbereich hat ein Mehrfaktorenmodell zur Berechnung von Aufnahmequoten in der EU erarbeitet.



Asylanträge im Verhältnis zum Mehrfaktorenmodell des SVR-FB.

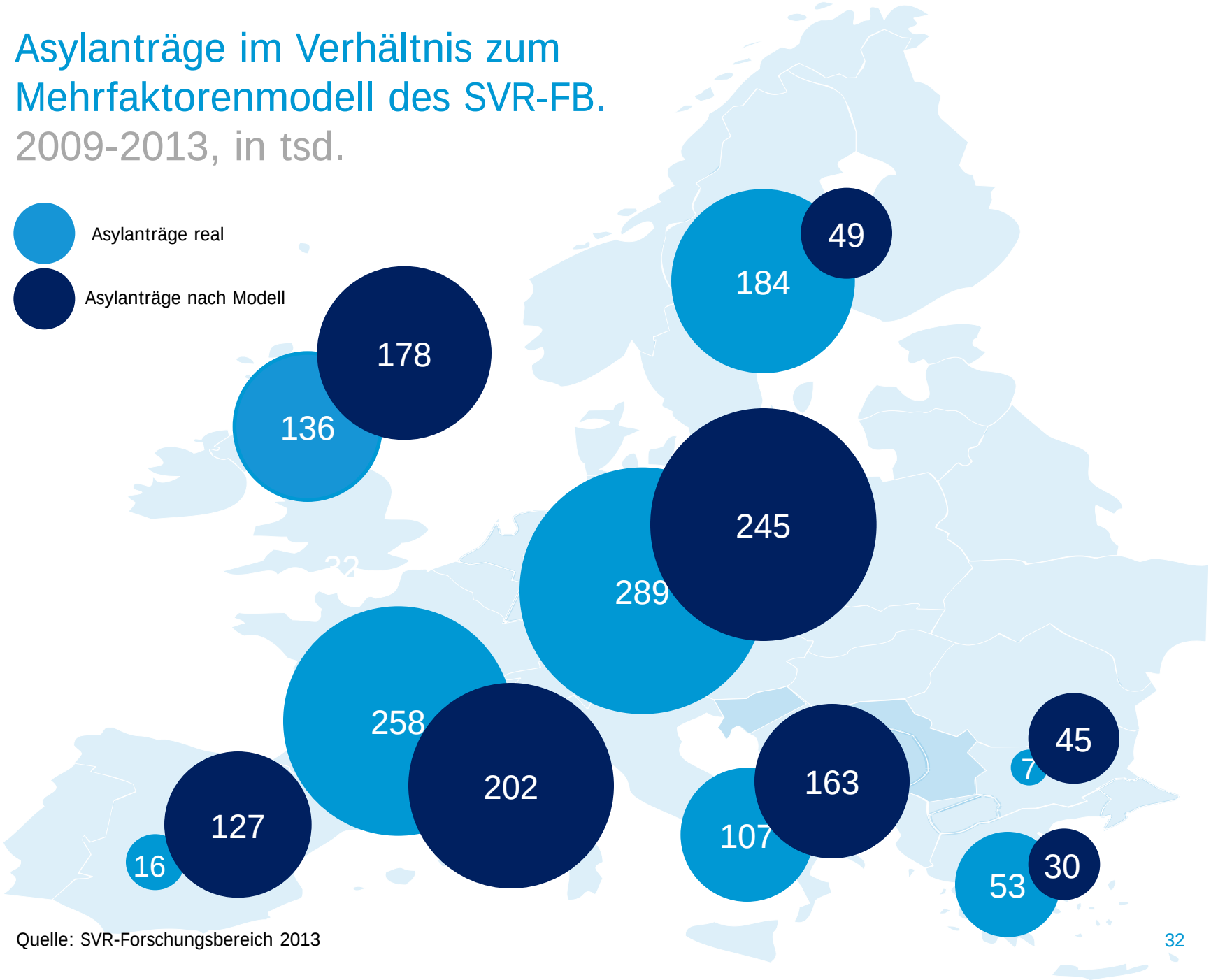
2009-2013, in tsd.



Quelle: Eurostat, UNHCR

Asylanträge im Verhältnis zum Mehrfaktorenmodell des SVR-FB.

2009-2013, in tsd.



Quelle: SVR-Forschungsbereich 2013

Agenda

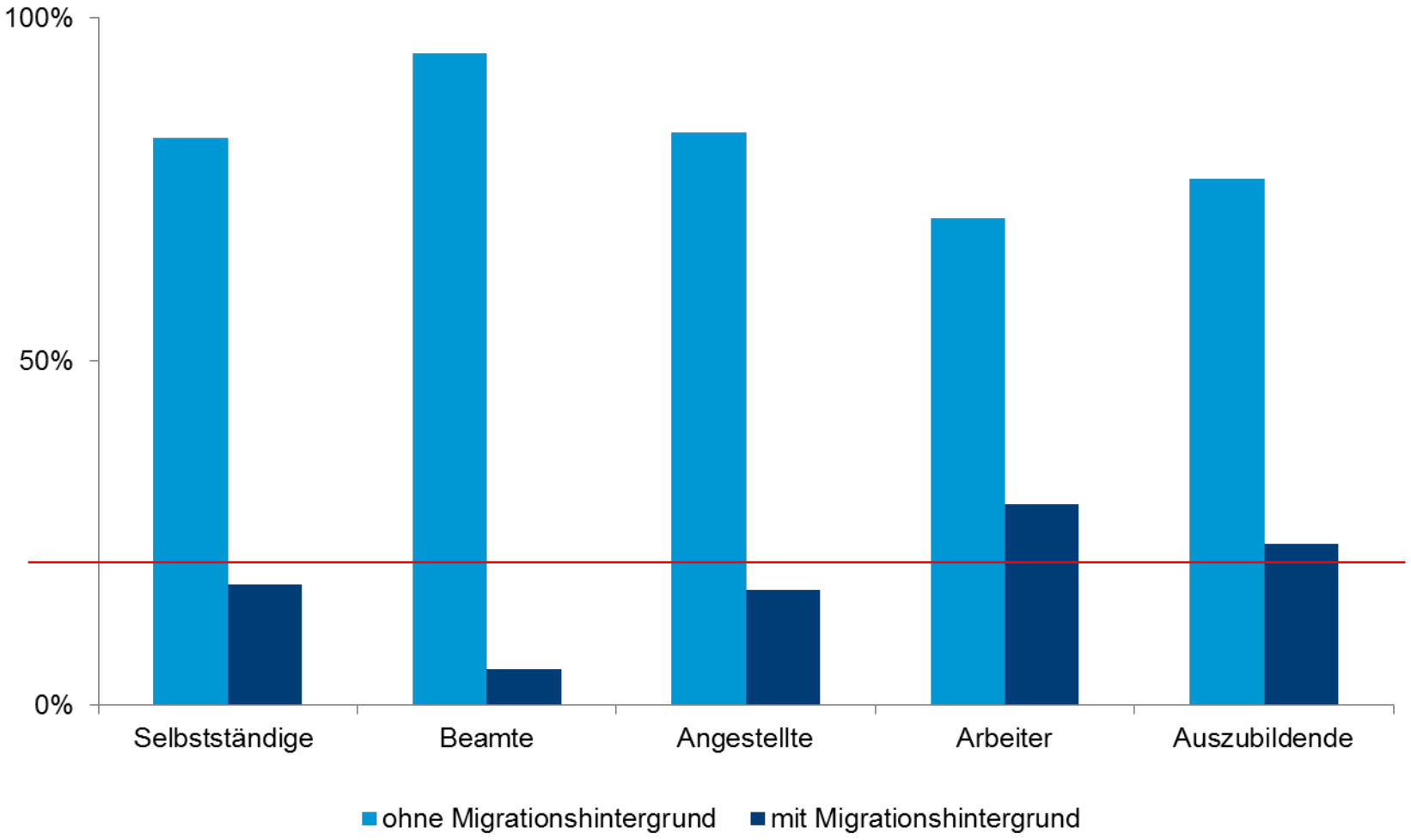
1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. Aktuelle Zuwanderungstrends
4. **Integrationspolitik:**
   a. **Teilhabe fördern**
   b. (religiöse und kulturelle) Pluralität stärken
   c. Diskriminierung bekämpfen

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: die Folgen der Agenda 2010 für die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern

- Trendumkehr: Langzeitarbeitslosigkeit von 2007 bis 2012 um 40 Prozent gesunken
- Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 8 Prozent
- einheitliches Grundsicherungssystem für Arbeitssuchende (ALG II)
- Aufhebung ineffizienter, unnötiger bürokratischer Doppelstrukturen
- mehr Stabilität und Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes

- Verursachung sozialer Härten
- 35 Prozent der Arbeitslosen sind Personen mit Migrationshintergrund (ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt nur 20 Prozent)
- Erweiterung des Niedriglohnsektors (sog. ‚Aufstocker')
- Verringerung der sozialen Aufwärtsmobilität; Kinder aus sozioökonomisch schlecht gestellten Familien schaffen den Bildungsaufstieg nur schwer

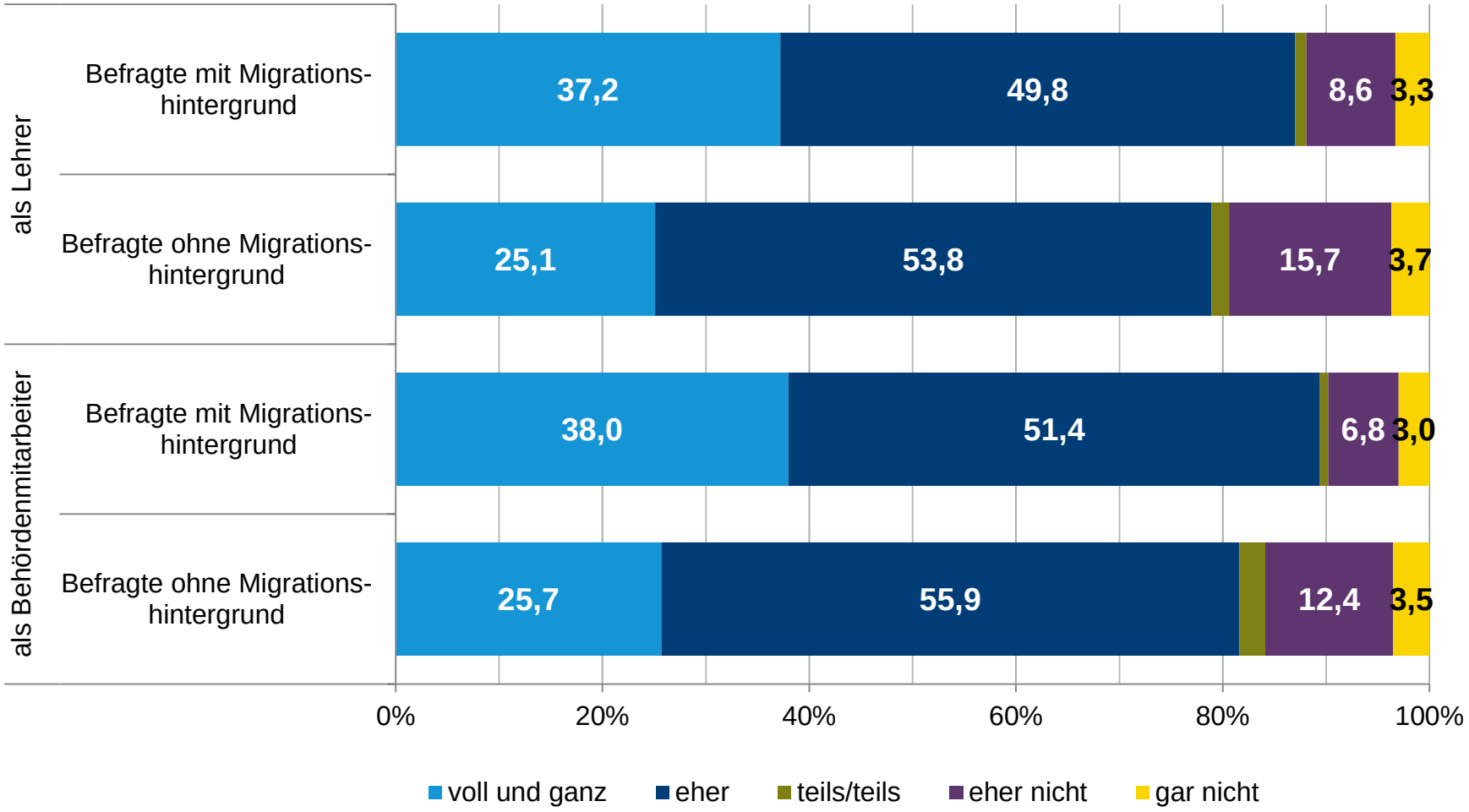
Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich nach beruflicher Stellung:



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus, Fachserie 1, Reihe 2.2

Interkulturelle Öffnung: mehrheitliche Zustimmung

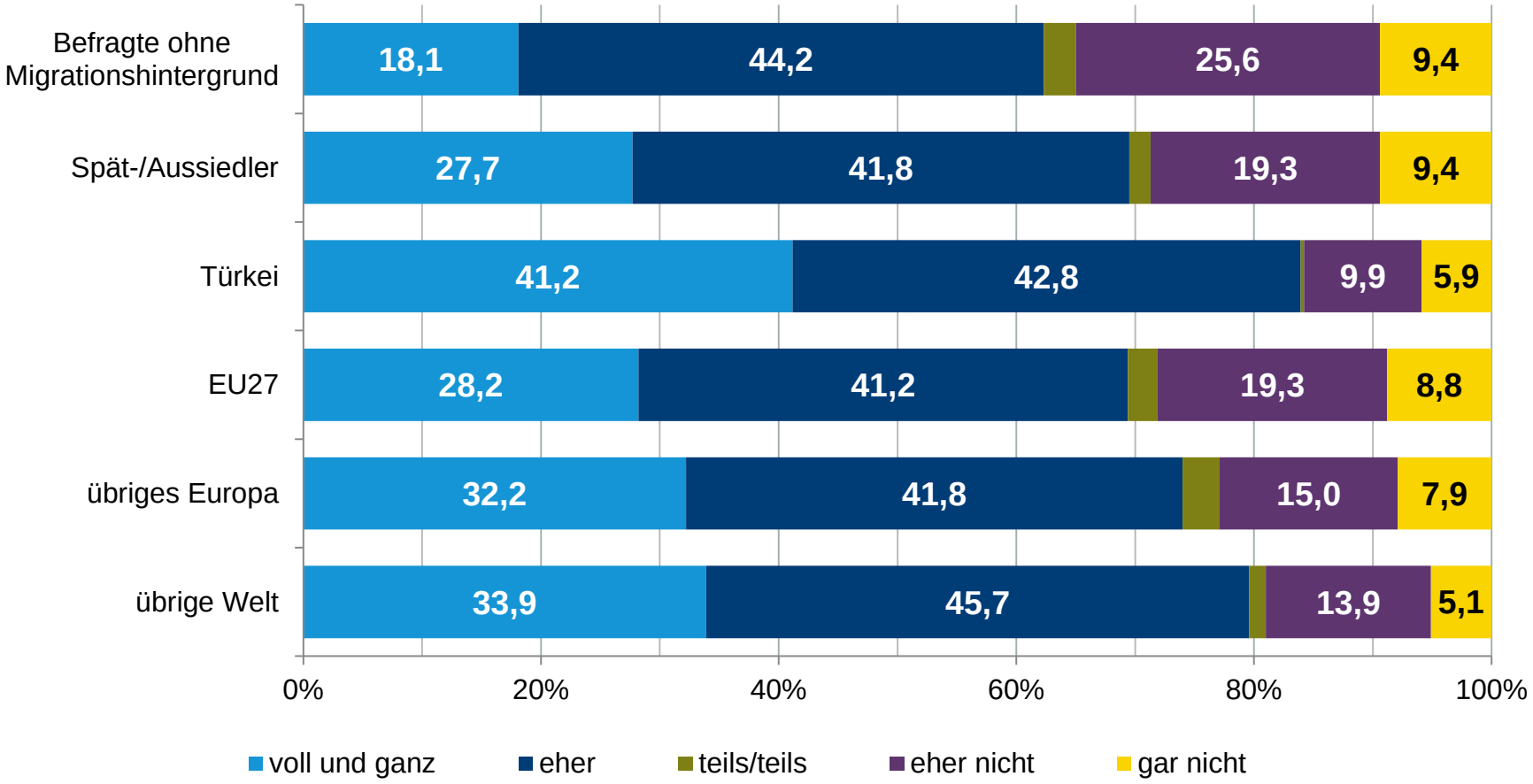
Zustimmung, dass in verschiedenen Berufsgruppen mehr Zuwanderer eingestellt werden sollten



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Politische Repräsentation: Wunsch nach mehr Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Bundestag

Zustimmung, dass mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Bundestag vertreten sein sollten, nach Herkunftsgruppen der Befragten



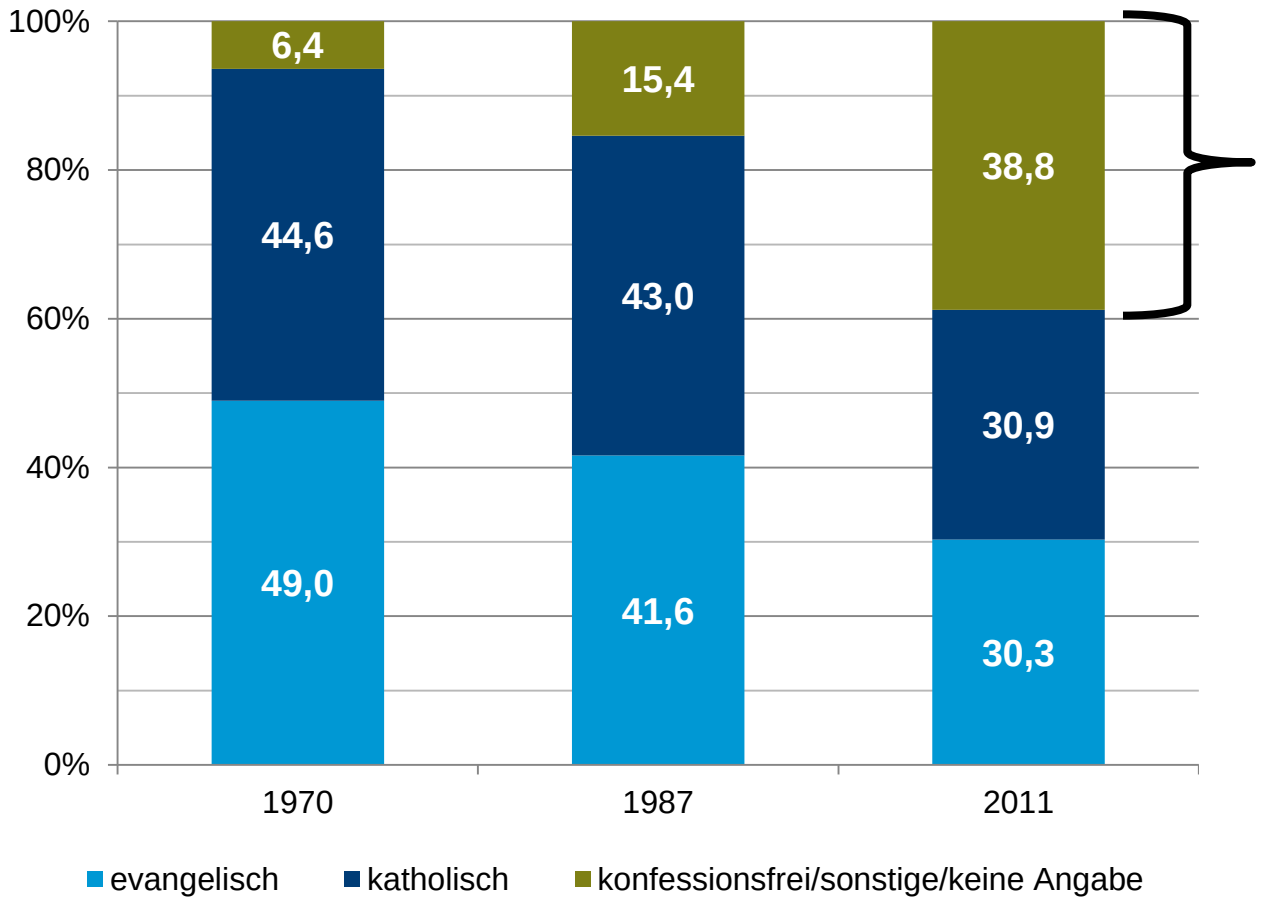
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. Aktuelle Zuwanderungstrends
4. **Integrationspolitik:**
   a. Teilhabe fördern
   b. (religiöse und kulturelle) Pluralität stärken
   c. Diskriminierung bekämpfen

Zunehmende religiöse Diversität: Der Anteil der Christen in der Bevölkerung ist auf ca. 61% zurück gegangen.

Religiöse Zugehörigkeiten in Deutschland, 1970 / 1987 / 2011



Darin sonstige religiöse Zugehörigkeiten mit Anteil an Gesamtbevölkerung (2011):
- **muslimisch ca. 5,0 %**
- freikirchlich ca. 1,9 %
- orthodox ca. 1,8 %
- esoterisch ca. 1,2 %
- buddhistisch ca. 0,3 %
- hinduistisch ca. 0,1 %
- jüdisch ca. 0,1 %

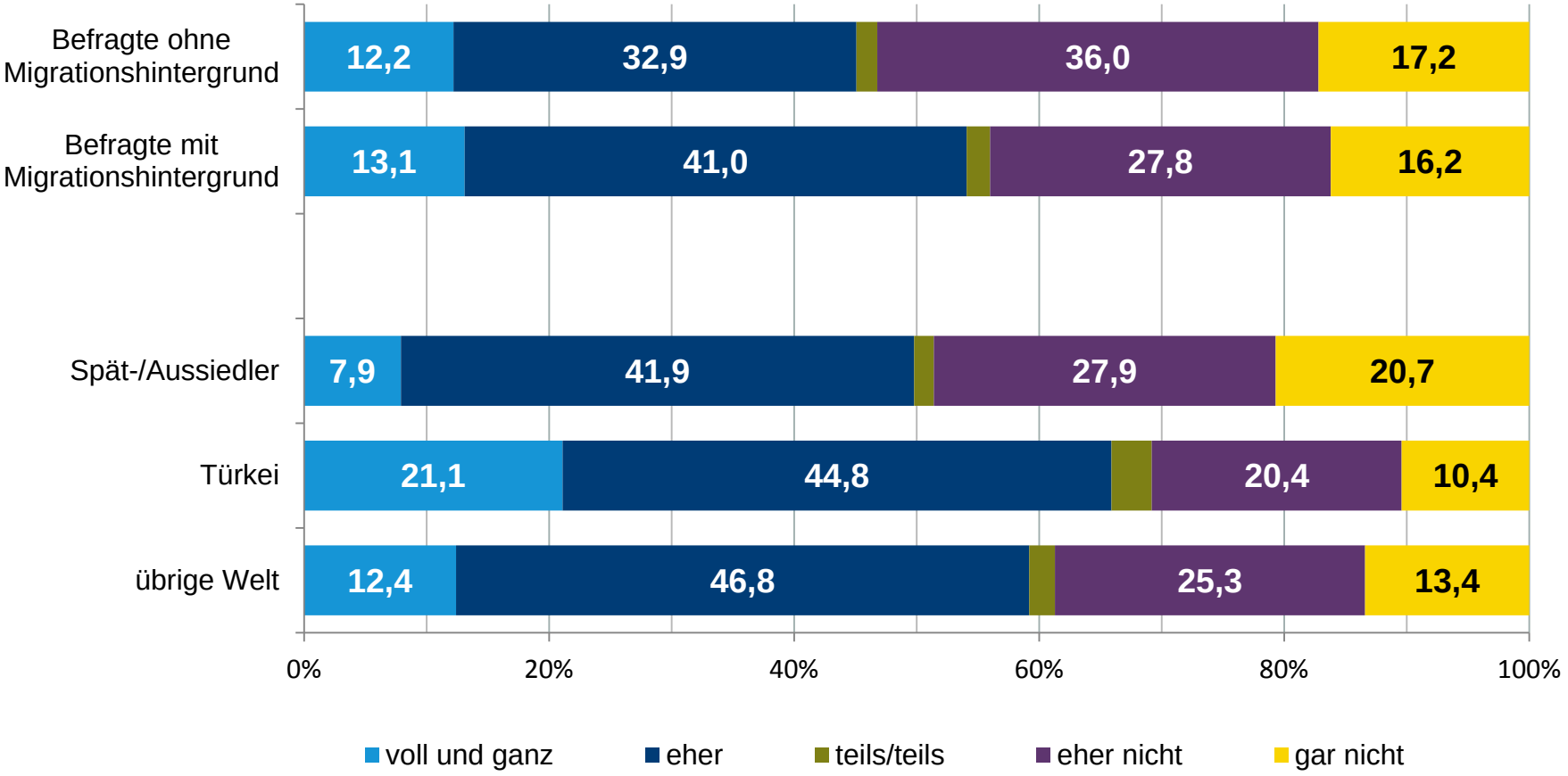
Quelle: Statistisches Bundesamt 1974, 1990, 2013q; Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e. V. 2013; Haug/Müssig/Stichs 2009; eigene Darstellung

Kulturelle Vielfalt: Öffnung des Religionsverfassungsrechts für Muslime im Sinne der Gleichbehandlung

Islamischer Religionsunterricht	Seit 2001 haben viele Bundesländer unterschiedliche Modellversuche entwickelt. Herausforderung: Inhalte müssen von der Glaubensgemeinschaft selbst getragen werden.
Islamische Theologie an Hochschulen	Ziele: Ausbildung qualifizierter Religionslehrer und Akademisierung der Islamischen Theologie. Herausforderung: Wissenschaftlichkeit des Faches sichern
(Staats-)Verträge mit Religionsgemeinschaften	Bereits abgeschlossen in Bremen und Hamburg; in Verhandlung in Niedersachsen. Themen: Feiertagsregelungen, Abweichungen der Sargpflicht auf Friedhöfen, etc.

„Der Islam gehört zu Deutschland“ – skeptische bis ablehnende Haltung zu dieser Aussage.

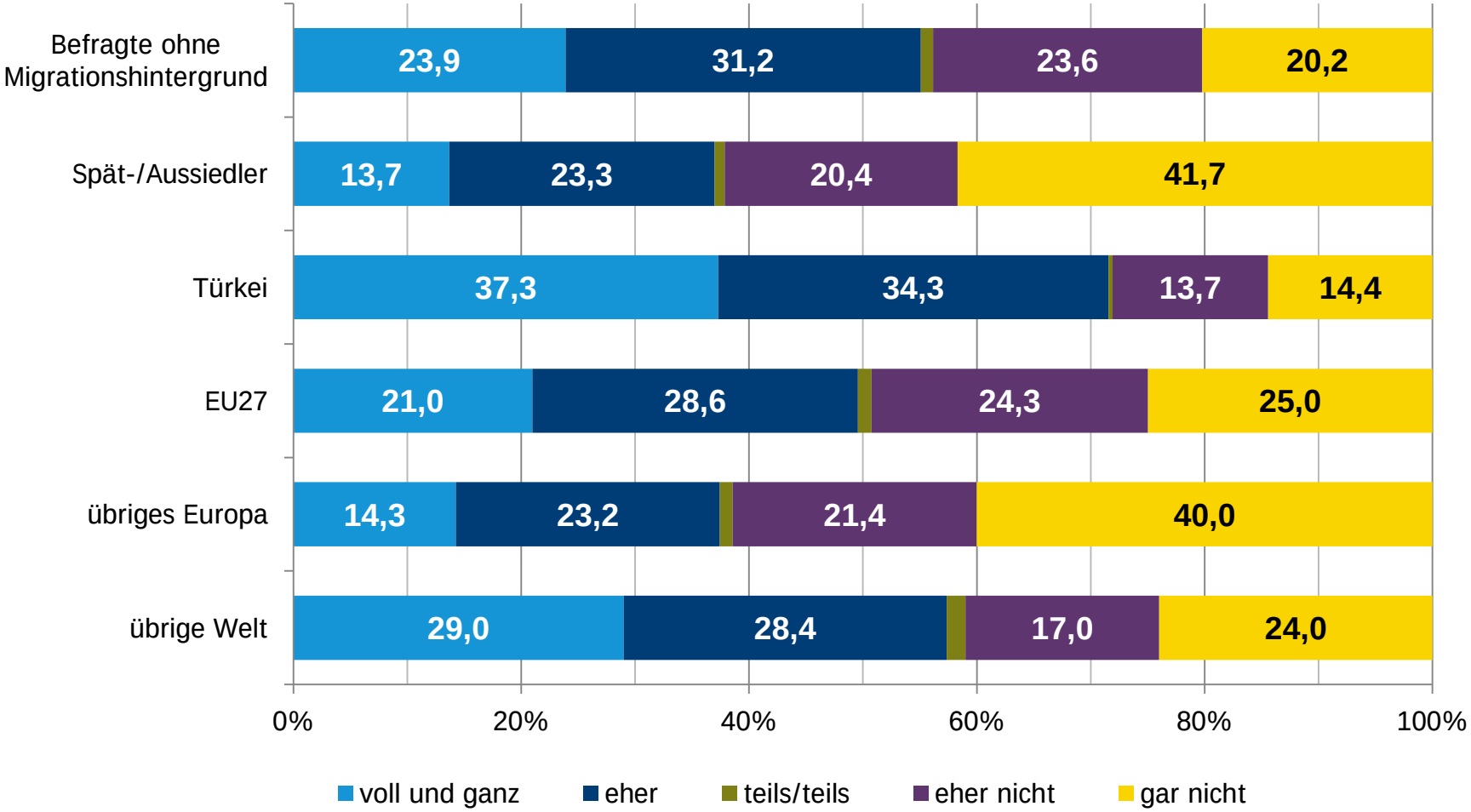
Zustimmung zur Aussage, „der Islam ist ein Teil Deutschlands“, nach Herkunftsgruppen der Befragten



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Islamischer Religionsunterricht: mehrheitlich befürwortet

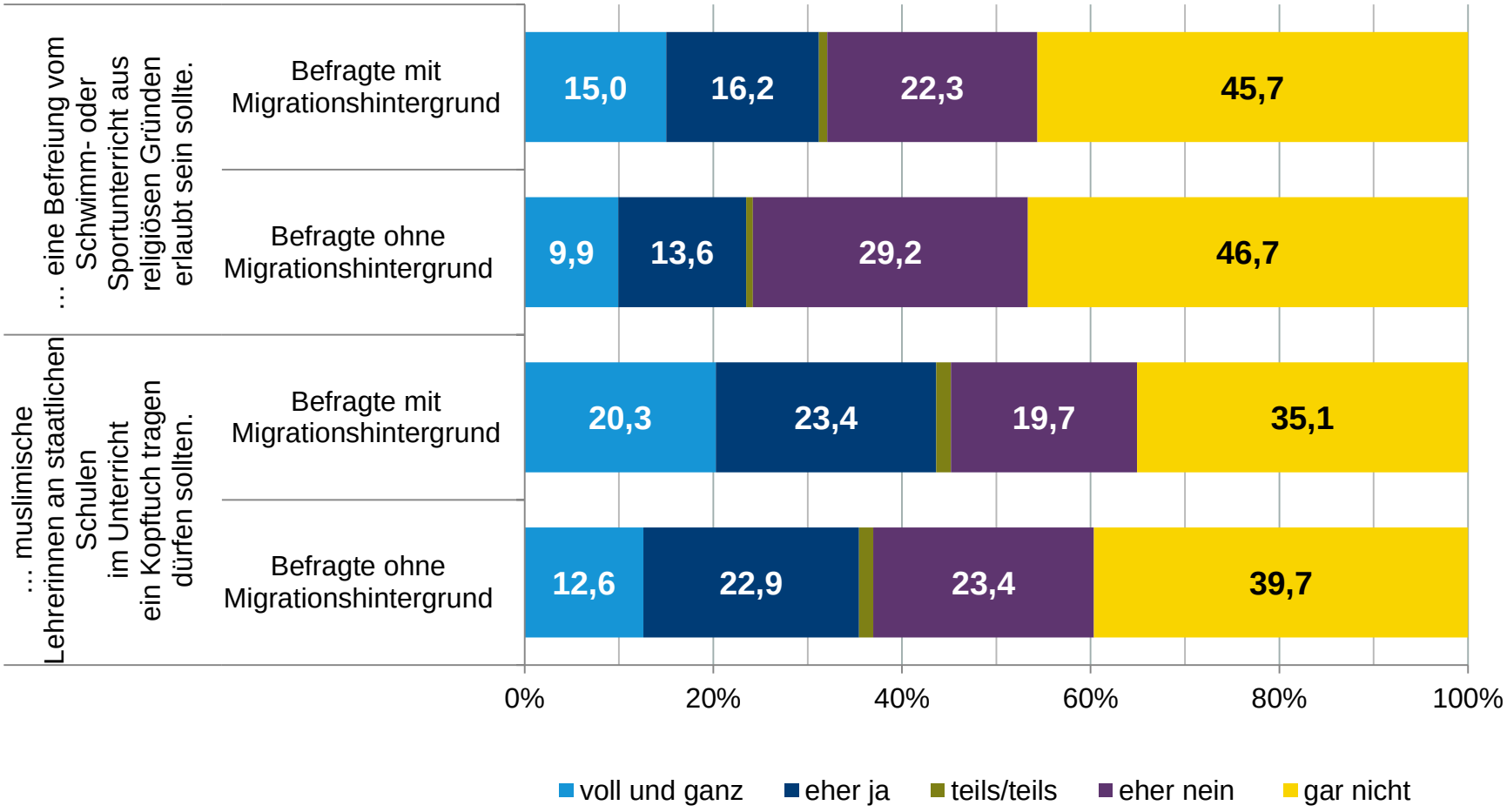
Befürwortung von islamischem Religionsunterricht an Schulen nach Herkunftsgruppen der Befragten



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Die Gewährung von Sonderrechten für islamische Religionsanhänger wird eher ambivalent gesehen.

Zustimmung zur Aussage, dass …



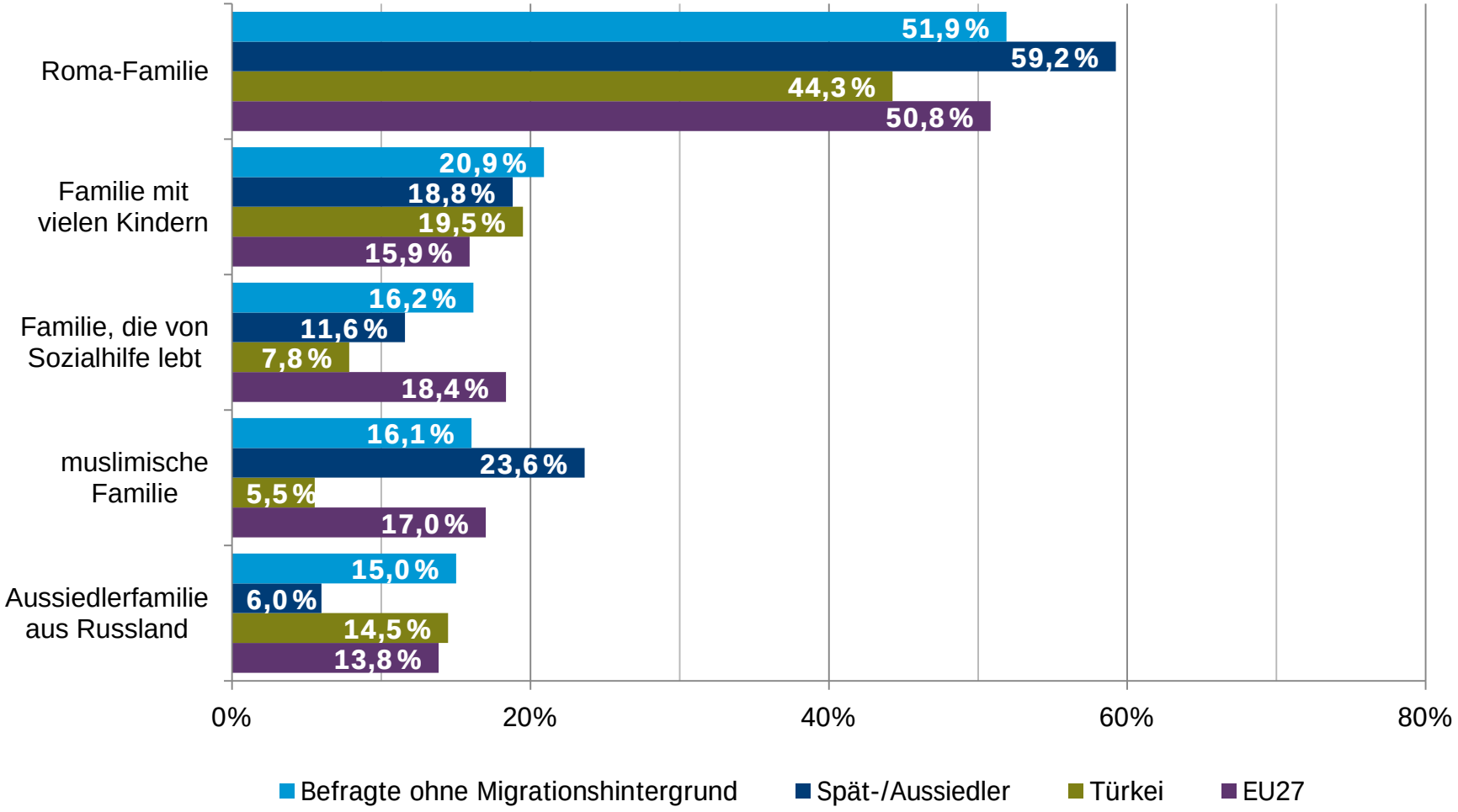
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Agenda

1. Über den Sachverständigenrat (SVR)
2. Deutschland 2015: Vielfalt ist schon da
3. Aktuelle Zuwanderungstrends
4. **Integrationspolitik:**
   a. Teilhabe fördern
   b. (religiöse und kulturelle) Pluralität stärken
   c. **Diskriminierung bekämpfen**

Problem Vorurteile: breite Ablehnung von bestimmten Gruppen als Nachbarn.

Unerwünschte Nachbarn nach Herkunftsgruppe der Befragten



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014; gewichtete Daten

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Methodischer Hintergrund zum SVR-Integrationsbarometer

- telefonische Befragung im Sommer 2013 in 5 Großregionen (Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main, Berlin-Brandenburg, Halle-Leipzig)
- Befragte: 1.431 ohne Migrationshintergrund, 4.228 mit Migrationshintergrund (gesamt: 5.659)
- Überrepräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ermöglicht Aussagen zu einzelnen Herkunftsgruppen
- wird durch Gewichtungsfaktoren an reale Bevölkerungsverhältnisse angepasst (repräsentative Auswertung)
- Zufallsauswahl
- mehrsprachige Befragung